

Kammerversammlung 10.05.25

Zusammenfassung der wichtigsten Punkte

Andreas Pichler gibt eine Einschätzung der innen- und außenpolitischen Lage und positioniert sich klar für Menschlichkeit gemäß Margot Friedländer: „Seid Menschen!“ Er verweist auf den Koalitionsvertrag, in dem der Psychotherapie ein eigener Absatz im Bereich Gesundheit und Pflege gewidmet ist. Die Kernpunkte darin sind:

- separate Beplanung von KiJu
- Stärkung der PT-Versorgung auf dem Land
- Finanzierung der Weiterbildung
- Prävention psychischer Erkrankungen
- Krisenvorsorge
- Abbau von Bürokratie im Gesundheitswesen
- Strategie KiJu Schutz in digitaler Welt, Gewaltschutz, Antidiskriminierung
- moderne Regeln für Gesundheitsdaten
- Gefährdungspotential von psychisch auffälligen Personen
- Freie Berufe: Stärkung der Selbstverwaltung der freien Berufe, Mutterschutz auch für selbstständige soll verbessert werden, Bürokratieabbau und Digitalisierung
- nur 1% der Gesundheitskosten PT

Einige dieser Punkte sind aus unserer Sicht bedenklich und sollten aufmerksam beobachtet werden:

- Auch Onlineberatung ist aufgeführt als Präventionsmaßnahme
- In der ambulanten Versorgung Gefahr durch das Primärarztsystems
- Gefährdungspotential: Stigmatisierung von psychisch auffälligen Personen
- Therapiekürzungen und Digitalisierung als „Ersatz“!

Georg Schäfer gibt eine Übersicht über den Stand der Umsetzung der Fachgebietsweiterbildung für PT in NRW:

Es gibt bisher 10 akkreditierte Masterstudiengänge, mehrere Studiengänge haben erst 2024 begonnen, einer noch nicht. Die Studienplatzkapazitäten sagen noch nicht viel über die Zahl der Absolventen aus. Bisher gab es 48 Approbationsprüfungen, im Frühjahr wird es weitere 60 geben, bis zuletzt wurden 117 Anträge für Prüfung gestellt. Mittelfristig werden 615 Absolventen in NRW erwartet.

Bisher haben 45 Anträge Weiterbildungsstätten einen Antrag auf Zulassung gestellt, davon wurden 11 mit 180 Weiterbildungsplätzen genehmigt.

Viele Studierende verlängern das Studium, weil die Finanzierungsfrage nicht geklärt ist und sie sich nicht gut informiert fühlen.

Es wird die Frage nach der Verantwortung der DPtV für das heutige Dilemma gestellt und es gibt eine sehr erregte Diskussion.

Julia Leithäuser referiert zum Thema Gewalt gegen KJP und PP.

Runder Tisch gegen Gewalt: v.a. in Notdiensten treten Patienten oft sehr aggressives auf, Apothekerinnen in Notdiensten sind häufig Sexanrufen ausgesetzt, in der Altenpflege sei es ein sehr tabuisiertes Thema.

Man wartet zur Zeit auf die Auswertung einer Studie zu Antisemitismus und Rassismus im Gesundheitswesen. Es gibt das Präventionsnetzwerk für mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst in NRW #sicherimdienst mit Praxisbeispielen und Handlungsempfehlungen. Die Mitgliedschaft ist kostenfrei.

Im Vorstand werde noch über eine Anlaufstelle für Kammerangehörige beraten.

Elisabeth Dallüge berichtet zum Register für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Das Konzept zur Früherkennung von und zum Umgang mit Personen mit Risikopotenzial, kurz PeRiskoP, kommt ab Mai in allen 47 Kreispolizeibehörden Nordrhein-Westfalens zum Einsatz. Auch im aktuellen Koalitionsvertrag ist von einem solchen Register die Rede. 60-70% der Polizeibeamten fühlen sich nicht gut vorbereitet auf die „Konfrontation“ mit Menschen mit psychischen Erkrankungen. Das Risiko von Gewalt durch psychische Erkrankungen werde massiv überschätzt. Ein Register schaffen keine Sicherheit sondern stigmatisiere die Betroffenen. Es gibt viele dies bestätigende Rückmeldungen.

Mirna Münzebrock-Child gibt einen Einblick in die geplante Digitalisierung Kammer
Es gibt 4 Bereiche mit Digitalisierungsmaßnahmen:

- Verwaltung
- Kommunikation
- Fortbildung
- Gremienarbeit

Verwaltung: Das Dokument managementsystem soll weitgehend papierlos werden.

Die Fachabteilung arbeite hart daran.

Die Kammerwahl soll auf ein hybrides System umgestellt werden.

Kommunikation: Das Mitgliederportal soll neu aufgesetzt werden, denn die bisherige Lösung kommt an ihre Grenzen.

Erleichterung der Gremienarbeit: Mitglieder sollen den Messengerdienst threema nutzen.

Seit Herbst 2024 wird ein/e Digitalisierungsmitarbeiter/in gesucht, bisher vergeblich.

Zu Zeitplanung und Priorisierung könne man nichts sagen, man sei noch in der Vorbereitung.

Schriftlicher Bericht des Vorstandes

Es wird mehr konkreter Inhalt und Transparenz gefordert und ein bilateraler Austausch mit BptK angemahnt.

QS-Verfahren

Andreas Pichler lobt die Vorschläge der Kommission, allerdings wurde der formulierte Brief an den BptK Vorstand nie abgeschickt, man wolle das Papier event. jetzt noch weitergeben. Martin Zange (als Vorsitzender der Kommission):

Die Mitglieder der Kommission seien immer noch in den KVen sehr aktiv, beide KVen sehen die Bedeutung der vollständigen Gegenfinanzierung als indiskutabel

Die Empfehlung ist zur Zeit noch Abwarten. Eine externe QS ist von Politik und Öffentlichkeit, sowie der Patient:innen gewünscht, es sei nicht sinnvoll ein Gegenmodell der Bptk zu implementieren. Das Modellprojekt gebe auch Chance, mit Daten aus NRW wirklich das Modell bewerten zu können.

Beim DPT hat Andreas Pichler die Möglichkeit, die NRW- Sicht für alle darzustellen.

Beschlussfassung zur Änderung der Beitragsordnung

Andreas Pichler stellt dar, warum eine Beitragserhöhung wichtig ist. Die Rücklagen gehen immer weiter zurück, während die Ausgaben stark gestiegen sind und weiter steigen. Es werden mögliche Einsparpotentiale vorgestellt und als undurchführbar verworfen.

Beitragsänderungen, die im Finanzausschuss als Kompromiss gefunden wurden:

Grundbeitrag von 70 auf 77 - Mehreinnahmen von 112.000 €

Hebesatz 0,7% auf 0,85% 900.000€ mehr

Erweiterung um 3 weitere Beitragsklassen 105T, 110T, 115T Mehreinnahmen 440.000€

Die Beratung im Vorstand im März führte zu einem Änderungswunsch: Aufnahme weiterer 3 Beitragsklassen bis zu einem Höchsteinkommen von 150.000€/Jahr

Georg Kremer stellt die Sicht des Finanzausschusses dar, übt deutliche Kritik am Vorgehen des Vorstands. Es wird von der Opposition ein Änderungsantrag formuliert, der die Beibehaltung der ursprünglichen Änderungen (Höchstbetrag ab 115.000€) vorsieht sowie den Auftrag an den Finanzausschuss, über eine Ausweitung der höchsten Beitragsklasse zu diskutieren. Nach einer sehr emotional geführten Diskussion kommt es auf Antrag zu einer geheimen Abstimmung. Der Änderungsantrag wird abgelehnt, der Vorstandsantrag angenommen.

Beschlussfassung zur Änderung der WBO

Die Änderung der WBO wird mit großer Mehrheit angenommen: Für die Anerkennung von Supervisoren müssen nicht mehr die ganzen WB-Stätten neu akkreditiert werden und andere eher kleinteilige Regelungen.

Bei den Ergänzungswahlen zu den Ausschüssen und zum DPT werden alle Kandidatinnen und Kandidaten weitestgehend einstimmig gewählt und nehmen die Wahl an.

Befragung Kammerangehörige zu außergewöhnlichen Belastungen Antrag

Der Antrag wird nach Diskussion zurückgezogen und an den Vorstand überwiesen, Dieser will sich Gedanken zur Ausgestaltung und Finanzierung machen und klären, wie das Projekt in die Arbeit der Ausschüsse integriert werden soll. Zudem sollen die Ergebnisse der Rassismus-/Antisemitismusstudie abgewartet werden.

Berichte der Ausschüsse

Antidiskriminierung: Antrag zu Aufträgen wird einstimmig angenommen

Digitalisierung: schriftlicher Bericht

Finanzen: wurde vorher berichtet

Fort-/Weiterbildung: schriftlicher Bericht

Anstellung: Bericht mündlich durch Natalia Morgunova

Ambulante Versorgung: schriftlicher Bericht

KJP: mündlicher Bericht durch David Grade, 2 hybride Treffen, Vorbereitung Symposium,

Antrag angenommen

Satzung: schriftlicher Bericht, Antrag angenommen

Berichte der Kommissionen

schriftliche Berichte liegen vor

Resolutionen

Resolution gegen Register einstimmig angenommen

Resolution QS angenommen mit einer Enthaltung

Resolution digitale Medien Kiju 2 Enthaltungen

Resolution Koalitionsvertrag einstimmig angenommen

Die Resolutionstexte sind unter diesem [Link](#) einsehbar.